

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen
am 20.01.2022

Tagungsort: Mensa des Schulzentrums Heepen, Alter Postweg 33,
33719 Bielefeld

Beginn: 18:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 20.00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Holm Sternbacher Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Hans Altmüller

Frau Anja Bartsch

Herr Dr. Guido Elsner

(Vors.)

Frau Elke Grünewald

Stellv. Bezirksbürgermeisterin -RM-

Herr Hartwig Horn

Herr Stephan Richter

SPD

Herr Thomas Euler

Frau Regina Klemme-Linnenbrügger (Vors.)

Frau Roswitha Lammel

Herr Selçuk Solmaz

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Marianne Kreye

(Vors.)

Herr Markus Kremmelbein

AfD

Herr Jonas Vriesen

FDP

Herr Yannik Löwen

ab 18.40 Uhr (während TOP 6)

Entschuldigt fehlen:

SPD

Frau Jennifer Wittrowski

Die Linke

Herr Reinhard Offelnotto

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung

-/-

Verwaltung:

Herr Homann*	Amt für Verkehr	TOP 6
Herr John*	Amt für Verkehr	TOP 6
Frau Maaß*	Umweltamt	TOP 7
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Bittner	Bezirksamt Heepen	
Frau Nebel	Bezirksamt Heepen	Schriftführerin

*per Zoom zugeschaltet

Öffentliche Sitzung:

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird wie folgt abgehandelt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

a) Umbau des Kreisverkehrsplatzes L 778 / K 4 (Elverdisser Straße / Milser Str./ Auf der Helle) - Ausschilderung der Umleitung (BV Heepen, 18.11.2021, TOP 1)

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) nimmt Bezug auf das ihm aufgrund seiner Fragen aus der letzten Sitzung zugegangene Antwortschreiben (s. TOP 3.3) und erklärt, dass seine Nachfrage zur Ausschilderung der Umleitung nichtzutreffend wiedergegeben worden sei. Er habe ausgeführt, wenn er von der Milser Straße links in die Altenhagener Straße einbiege, keine Hinweistafel mit Angaben zur Sperrung/Umleitung vorhanden sei. Dies werde durch den Umleitungsplan, der dem Antwortschreiben beigelegt sei, bestätigt. Ein Hinweis auf den Umleitungsgrund (s. PT 3) sei lediglich auf der Altenhagener Straße vor dem Knotenpunkt, aufgestellt. Es gebe keine Möglichkeit, beim Abbiegen von der Milser in die Altenhagener Straße in Richtung Elverdissen, zu erkennen, wie die Umleitung vorgesehen sei.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, Herr Kettner werde dazu noch einmal eine Rückmeldung erhalten.

b) noch nicht beantwortete Fragen aus vorangegangenen Einwohnerfragestunden

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) erklärt, seine Fragen aus vorangegangenen Sitzungen seien noch nicht vollständig beantwortet. So habe er über die in dem zur heutigen Sitzung übersandten Antwortschreiben benannten offenen Fragen noch keine Antwort zu seiner Nachfrage hinsichtlich des Banketts an der Milser Straße erhalten. Er habe nachgefragt, ob die Fahrbahnbreite der Milser Straße überhaupt für den LKW-Begegnungsverkehr geeignet sei.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher sagt zu, dies noch einmal nachzuhalten.

Anmerkung: Die Frage wurde mit Schreiben vom 06.09.2021 beantwortet (s. BV Heepen 09.09.2021, TOP 2.22)

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 1*

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschriften**

Zu Punkt 2.1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 10. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen - Sondersitzung mit allen Bezirksvertretungen am 17.11.2021**

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 10. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 17.11.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich – TOP 2.1 *

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 11. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 18.11.2021**

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 18.11.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich – TOP 2.2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 **Gewerbegebiet Hellfeld – Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität (BV Heepen, 18.11.2021, TOP 4.2)**

Die Antwort der WEGE auf die Nachfrage aus o.a. Sitzung zu der Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität im Gewerbe-

gebiet Hellfeld ist den Mitteilungen beigefügt.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich für die ausführliche Antwort der WEGE. Es hätten 6 Gewerbebetriebe auf die Umfrage der WEGE hinsichtlich der Umsetzung von Maßnahmen zur Klimaneutralität geantwortet.

Sie bittet darum, noch nachzureichen, wie viele Betriebe im Gewerbegebiet Hellfeld insgesamt ansässig seien.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 3.1*

-.-.-

3.2 Aktueller Sachstand zum Baugebiet Milse „Buschbachtal“

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Information des Bauamtes für die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 30.11.2021 zum Baugebiet „Buschbachtal“.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 3.2*

-.-.-

3.3 Antwortschreiben auf Einwohnerfragen (BV Heepen, 18.11.2021, TOP 1)

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Antwortschreiben auf Einwohnerfragen aus der Sitzung der BV Heepen vom 18.11.2021.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 3.3*

-.-.-

3.4 Städtisches Bauprogramm 2022 ff. unter besonderer Berücksichtigung städtischer Schulbaumaßnahmen (BV Heepen, 17.11.2021, TOP 1, und 18.11.2021, TOP 6)

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Erläuterung des Amtes für Schule zur Verzahnung der Beschlüsse im Rahmen der Schulentwicklungsplanung mit dem städt. Bauprogramm.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) bedankt sich für die Auflistung der Maßnahmen, insbesondere für die Aufstellung der unter Pos. 53 im städt. Bauprogramm enthaltenen Maßnahmen an Grundschulen für den OGS-Ausbau.

Er bittet darum, für die weitere Arbeit der Bezirksvertretung eine Gesamtliste mit allen für den Stadtbezirk Heepen vorgesehenen Maßnahmen unter Berücksichtigung der Maßnahmen aus Anlage 1 der Beschlussvorlage Ds. 2477/2020-2025 sowie den unter den Sammelpositionen in der

Liste enthaltenen Schulbaumaßnahmen, zur Verfügung zu stellen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 3.4*

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.5

Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten an städt. Grundschulen zum Schuljahr 2022/2023 – hier: Wanderungsbewegungen

In Ergänzung der Vorlage „Anmeldezahlen und Festlegung der Aufnahmekapazitäten an städt. Grundschulen“ (s. TOP 9) hat das Amt für Schule die Wanderungsbewegungen für den Stadtbezirk Heepen aufbereitet. Die Mitteilung ist zu Sitzungsbeginn verteilt worden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 3.5*

-.-.-

3.6

Einladung zur Vernissage

Herr Skarabis informiert über die Einladung zur Vernissage „Gundula Heimes – Augenblicke - Malerei“ am 02.02.2022, um 19.00 Uhr, in der Galerie in der Alten Vogtei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 3.6 *

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Fahrgastunterstände Glückstädter Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3135/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion.

Im letzten Jahr wurden die Unterstände an den Bushaltestellen Glückstädter Straße abgebaut.

Frage:

Wann ist mit der Erneuerung der Unterstände zu rechnen?

Dazu hat das Amt für Verkehr folgendes mitgeteilt:

Die beiden Haltestellen Am Bohnenkamp (Glückstädter Straße) werden voraussichtlich im Laufe der nächsten 6 Wochen barrierefrei ausgebaut. Im Anschluss daran wird je Richtung ein neuer Fahrgastunterstand vom Typ Xenon aufgestellt.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) merkt an, es sei aus ihrer Sicht nicht nachvollziehbar, warum die Fahrgastunterstände bereits so frühzeitig im Herbst abgebaut worden seien, wenn die Erneuerung erst im Frühjahr des nächsten Jahres erfolge. Dies hätte besser koordiniert werden können.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 4.1*

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Verkehrssicherheit Heeperholz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3122/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird gebeten die Situation an der Straße Heeperholz auf die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Fahrradfahrer zeitnah zu überprüfen.

Geeignete Maßnahmen wären:

- *zunächst eine Verkehrszählung zur Hauptverkehrszeit (morgendlicher Berufsverkehr)*
- *Ergänzung der vorhandenen Querungshilfe durch einen Zebrastreifen*
- *Zusätzliche Querungshilfen auf Höhe des Grünzuges und des Nahversorgers auf Höhe Emdener Straße*
- *Fahrbahnverengung an den Bushaltestellen, um ein Überholen des Busses durch Autos zu verhindern (Querung Grünzug in der Nähe, den haltenden Bus überholende Fahrzeuge können von querenden Fußgängern nicht gesehen werden)*
- *Einführung von Tempo 30 von der Emdener Straße bis hinter die Bushaltestellen*

Die Verwaltung wird gebeten als Ergebnis ihrer Prüfung der BZV zeitnah vorzustellen, durch welche Maßnahmen die Verkehrssicherheit so schnell wie möglich verbessert werden kann.

Begründung:

Entlang der Straße Heeperholz ist in den letzten Jahren Wohnbebauung entstanden. Dort wohnen hauptsächlich junge Familien, deren Kinder u.a. die nahegelegene Grundschule oder KiTa besuchen.

Die Straße Heeperholz ist breit ausgebaut und muss von den AnwohnerInnen gequert werden, um Schulen, KiTa, den nahegelegenen Nahversorger oder die Bushaltestelle zu erreichen. Außerdem schneidet die Straße den Grünzug zwischen den Ortsteilen Heepen und Oldentrup, an dem u.a. ein neugeschaffener Spielplatz liegt.

Die Straße wird vom Berufsverkehr häufig frequentiert. An den Seiten parkende Autos erschweren, insbesondere für kleinere Menschen, den Überblick über die Straße.

Deswegen sind dringend Maßnahmen erforderlich, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt ergänzend aus, der Antrag gehe auf eine Initiative der Bürger*innen aus dem am Heeperholz neu entstandenen Baugebiet zurück. Der Charakter der Straße habe sich in den letzten Jahren verändert. Die Zahl der Anlieger sei gestiegen. Diese müssten die Straße queren, um beispielsweise die gegenüberliegende Schule oder den Verbrauchermarkt zu erreichen. Hier sehe ihre Fraktion einen dringenden Handlungsbedarf, um die Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu erhöhen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, seine Fraktion könne dem im ersten Satz des Antrages formulierten Prüfauftrag zustimmen. Die Intention des Antrages begrüße er ausdrücklich. Problematisch erachte er jedoch die Auflistung der Maßnahmen, die suggeriere, dass die benannten Optionen geeignet seien, um die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer zu verbessern. Er sehe die Aufgabe einer fachlichen Prüfung der Maßnahmen bei der Fachverwaltung.

Darüber hinaus bittet er darum, im Antragstext zu ergänzen, dass die Vorstellung des Prüfergebnisses in der Bezirksvertretung zwingend vor einer Umsetzung von Maßnahmen erfolge.

Herr Vriesen (AfD) spricht sich grundsätzlich für einen Prüfauftrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Straße Heeperholz aus, jedoch lasse aus seiner Sicht der Antrag eine gewisse Autofeindlichkeit erkennen. Deshalb könne der dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen.

Frau Kreye erklärt, ihrer Fraktion sei wichtig, dass die Fachverwaltung die im Antrag benannten Maßnahmen als mögliche Optionen prüfe. Die Vorschläge vorab als „geeignete Maßnahmen“ zu bewerten, sei nicht ihre Intention. Ihre Fraktion habe gemeinsam mit den Anwohner*innen Möglichkeiten erörtert, um die Verkehrssicherheit vor Ort zu erhöhen. Es sei ihr wichtig, dass diese als zu prüfende Möglichkeiten an die Fachverwaltung übermittelt würden.

Herr Dr. Elsner schlägt deshalb vor, den Antrag am Anfang des 2. Absatzes wie folgt zu ändern:

... Zu prüfende Maßnahmen sind: ...

Frau Kreye erklärt sich mit der Änderung einverstanden.

Herr Vriesen äußert, er könne trotz Änderung dem Antrag nicht zustimmen, da dieser weiterhin darauf abziele, Autoverkehr zu verhindern.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten die Situation an der Straße Heeperholz auf die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Fahrradfahrer zeitnah zu überprüfen.

Zu prüfende Maßnahmen sind:

- **zunächst eine Verkehrszählung zur Hauptverkehrszeit (morgendlicher Berufsverkehr)**
- **Ergänzung der vorhandenen Querungshilfe durch einen Zebrastreifen**
- **Zusätzliche Querungshilfen auf Höhe des Grünzuges und des Nahversorgers auf Höhe Emdener Straße**
- **Fahrbahnverengung an den Bushaltestellen, um ein Überholen des Busses durch Autos zu verhindern (Querung Grünzug in der Nähe, den haltenden Bus überholende Fahrzeuge können von querenden Fußgängern nicht gesehen werden)**
- **Einführung von Tempo 30 von der Emdener Straße bis hinter die Bushaltestellen**

Die Verwaltung wird gebeten als Ergebnis ihrer Prüfung der BZV vorzustellen, durch welche Maßnahmen die Verkehrssicherheit so schnell wie möglich verbessert werden kann. *Das Prüfergebnis soll der BZV zeitnah und vor Umsetzung möglicher Maßnahmen vorgelegt werden.*

Dafür: 13
Dagegen: 1
Enthaltungen: 0

-abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen-

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 5.1*

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Verkehrsberuhigende Maßnahmen Brakhofstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3136/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob in der Brakhofstraße verkehrsberuhigende Maßnahmen, wie z.B. Berliner Kissen, möglich sind.

Begründung:

Die Brakhofstraße verleitet, trotz Tempo 30 Schilder, durch die Straßenführung zum schnellen Fahren.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) führt ergänzend aus, dass an der Brakhofstraße inzwischen an beiden Seiten eine Wohnbebauung vorhanden sei. Die Straße führe über eine Strecke von 300 m bis 400 m geradeaus und verleite damit zur Überschreitung der vorgeschriebenen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Deshalb bitte ihre Fraktion die Fachverwaltung zu prüfen, ob hier geeignete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung möglich seien.

Herr Vriesen (AfD) erklärt, er könne dem Antrag zustimmen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) äußert, seiner Fraktion sei bekannt, dass die Brakhofstraße durch neue Baugebiete verkehrlich belastet sei. Er äußert jedoch Bedenken hinsichtlich des als Beispiel für eine mögliche verkehrsberuhigende Maßnahme benannten Berliner Kissens. Dies sei zwar ein adäquates Mittel im Sinne der Verkehrssicherheit und -beruhigung, brächte aber Lärmemissionen mit sich. Diese beiden Aspekte müssten gegeneinander abgewogen werden. Er spreche sich dafür aus, die Option „Berliner Kissen“ aus dem Beschlusstext zu streichen.

Darüber hinaus gibt er zu bedenken, dass es viele Straßen im Stadtbezirk mit einer vergleichbaren Situation gebe. Wenn der Bezirksvertretung das Prüfergebnis zur Brakhofstraße vorgestellt werde, solle dieser Aspekt in die Bewertung mit einfließen.

Frau Klemme-Linnenbrügger erklärt sich damit einverstanden, das Beispiel „Berliner Kissen“ aus dem Beschlusstext herauszunehmen.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob in der Brakhofstraße verkehrsberuhigende Maßnahmen möglich sind.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 5.2*

-.-.-

Zu Punkt 6

Auswirkungen des Baugebietes Blackenfeld auf das Straßennetz im Stadtbezirk Heepen

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher begrüßt Herrn Homann und Herrn John vom Amt für Verkehr, die per Zoom der Sitzung zugeschaltet sind, zur Berichterstattung.

Er führt aus, dass das geplante Baugebiet Blackenfeld nicht im Stadtbezirk Heepen gelegen sei, aber hinsichtlich des Verkehrs Auswirkungen auf das Straßennetz im Stadtbezirk, insbesondere auf die Engersche Straße, haben werde. Er verweist auf die Ergänzung der Verkehrsuntersuchung zum Bebauungsplan Nr. II/V6 vom 25.11.2021, die den Sitzungsunterlagen beigelegt sei.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) erklärt, sie habe erwartet, dass der Verkehr auf der Engerschen Straße zunehmen werde. Deshalb erschließe sich ihr die Schlussfolgerung des Gutachtens nicht, dass die Mehrbelastungen im umliegenden Straßennetz Umfeldverträglich seien, zumal dort künftig auch das Baugebiet Brake-West entwickelt werde.

Deshalb stelle ihre Fraktion folgenden Antrag:

Angesichts der laut Gutachten prognostizierten Zunahme des Verkehrs wird die Verwaltung beauftragt, die Einmündung Blackenfeld / Engersche Straße so aus- und umzubauen, dass ein reibungs- und gefahrloser Verkehr möglich ist.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) nimmt Bezug auf die vorliegende Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgruppe IVV Aachen / Berlin und erklärt, ein Verkehrsmodell basiere grundsätzlich auf gewissen generellen Grundannahmen wie sich Verkehre entwickeln, wie z.B. die Annahme, dass ein gewisser Anteil des Verkehrs aus den Außenbezirken immer in Richtung Innenstadt fließe. Es würden damit keine oder nur in sehr geringem Umfang lokale Besonderheiten einbezogen. Dies sei aus seiner Sicht hier aber notwendig. Er fragt an, ob im Verkehrsmodell berücksichtigt worden sei, dass der Einkaufsverkehr aus Vilsendorf in Richtung Jöllenbeck und Brake und nicht in Richtung Innenstadt fließe. Dies sei eine lokale Besonderheit. Zudem werde auch die Infrastruktur im Kreis Herford in Anspruch genommen, so dass der Linksabbiegeverkehr am Knotenpunkt Blackenfeld/Engersche Straße zunehmen werde. Dieser sei aus seiner Sicht umfänglicher als in dem Modell errechnet. Das Modell könne, so wie es angelegt sei, nicht anders rechnen. Allerdings ergebe sich ein abweichendes Ergebnis, wenn man das jetzige Verkehrsverhalten in dem Bereich fortschreibe. Seine Fraktion appelliere deshalb an das Amt für Verkehr, von dem Modell Abstand zu nehmen oder es zu modifizieren. Das Modell lasse keinen Verkehrszuwachs in Richtung Brake und Jöllenbeck erkennen. Dies sei ein eindeutiges Indiz dafür, dass das Modell hier nicht greife.

Des Weiteren erklärt Herr Dr. Elsner, die Einstufung des Knotenpunktes Blackenfeld/Engersche Straße als „nicht problematisch“, sei allein der Tatsache geschuldet, dass der Bereich bereits aktuell eine ungenügende Verkehrsqualität ausweise. Deshalb schließe sich seine Fraktion dem

Antrag der SPD-Fraktion an und fordere eine deutliche Ertüchtigung des Knotenpunktes, so dass mindestens die Kategorie D erreicht werde. Gleichzeitig rege er an, die Rad- und Fußwege in Richtung Brake zu ertüchtigen. Auch dies solle mit dem Investor vereinbart werden.

Herr Homann führt aus, dass das Gutachten auf Daten aus Verkehrserhebungen basiere und eine Prognose für das Jahr 2030 abbilde. Für kleinteiligere Aussagen sei das Modell nur bedingt geeignet. Lokale Parameter seien nur sehr begrenzt enthalten. Deshalb sei hier noch einmal ein Verkehrsgutachten der IVV inkl. Ergänzungsgutachten beauftragt worden, weil die Aussagen im Verkehrsmodell nicht klar genug seien.

Herr John stellt im Folgenden die Aussagen des ergänzenden Verkehrsgutachtens der IVV anhand einer PowerPoint-Präsentation dar. Er geht dabei insbesondere auf das Erfordernis, die Berechnung und das Ergebnis des Gutachtens ein, das die verkehrlichen Auswirkungen des Baugebietes Blackenfeld mit einem Neubau von 300 WE und ca. 90 KiTa-Plätzen auf den Verkehr im Stadtbezirk Heepen betrachte.

Insbesondere nimmt er Bezug auf den Knotenpunkt Blackenfeld / Engersche Straße und führt aus, dass die Straße Blackenfeld eine Fahrbahnbreite von ca. 6 m aufweise, die als für Begegnungsverkehre ausreichend anzusehen sei. Um zu beurteilen, ob der bestehende Verkehr im Blackenfeld die aktuelle Situation bewältigen kann, werde eine Einteilung nach RASSt 06 (Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen) vorgenommen. Die Straße Blackenfeld sei ca. 2.000 m lang und weise eine aktuelle Verkehrsstärke von ca. 3.600 Kfz/24 h DTV auf. Sie sei als sog. Sammelstraße nach RASSt 06 einzuordnen.

Betrachte man die Straße Blackenfeld in der Prognose 2030, so werde die Verkehrsstärke auf 3.300 Kfz/24 h DTV sinken. Für die Prognose 2030 seien dabei das Bevölkerungswachstum (Einwohnerrückgang in den Kreisen Herford ca. – 4 % und Lippe ca. – 6%) sowie die geplanten Bauvorhaben (L 712n IV. Bauabschnitt, Grafenheider Straße sowie Herforder Str. usw.) eingeflossen.

Betrachte man die Verkehrsstärke 2030 in dem Bereich unter Berücksichtigung des Baugebietes, so seien am Knotenpunkt keine Auswirkungen festzustellen. Es sei weiterhin mit 3.300 Kfz/24 DTV zu rechnen. Lediglich in den Spitzenwerten seien geringe Abweichungen prognostiziert.

Zusammenfassend führt Herr John aus, dass die durchschnittliche tägliche Erwartung für den Knotenpunkt Blackenfeld/Engersche Str. um ca. 300 Kfz-Fahrten abnehme, das geplante Aufkommen im umliegenden Straßennetz akzeptabel sei und es kaum eine Differenz mit/ohne Bebauung in der Prognose 2030 für den Knotenpunkt gebe. Dieser bleibe unverändert in der Qualitätsstufe F (ungenügend).

Herr Dr. Elsner weist erneut darauf hin, dass er das Gutachten für kein adäquates Prognosemittel halte. Die Realität vor Ort sei eine andere. Insbesondere könne er die Aussage, der Knotenpunkt sei unverändert als ungenügend einzustufen, nicht akzeptieren. Tatsächlich erwarte man Verkehre aus Richtung L 712n, Grafenheider Straße, die in Richtung Blackenfeld abbiegen.

Darüber hinaus weist Herr Dr. Elsner darauf hin, dass die Straße Blackenfeld nicht durchgängig eine Breite von 6 m aufweise. Begegnungsverkehre seien schwierig und die Straße, die auch von Bussen,

LKW und landwirtschaftliche Fahrzeugen befahren werde, sei völlig überlastet. Das Gutachten sei nicht aussagekräftig genug und berücksichtige die lokalen Besonderheiten nicht. Die Bewertung des Knotenpunktes sei nichtzutreffend. Wenn ein Knotenpunkt in der Verkehrsqualität ungenügend sei und auch bleibe, dann könne das nicht umfeldverträglich sein. Seine Fraktion fordere, wenn das Baugebiet errichtet werden solle, deshalb die Ertüchtigung der Straße sowie des Knotenpunktes.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, ihre Fraktion unterstütze den Antrag der SPD-Fraktion sowie die Forderung nach einer Ertüchtigung der Rad- und Fußwegeverbindungen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher äußert, nach seiner Beobachtung weise die Straße Blackenfeld nicht auf der gesamten Länge eine Breite von 6 m aus. Begegnungsverkehre seien sehr schwierig. Er fragt nach, ob die Fachverwaltung dies umfassend geprüft habe.

Herr Homann erklärt, es sei zu differenzieren, ob die verkehrliche Situation durch ein Baugebiet verschlechtert werde oder ob die Situation bereits im Vorfeld ungenügend sei. Einem Erschließungsträger könnten nur dann Auflagen (z.B. Ertüchtigung Strecke/Knotenpunkt) erteilt werden, wenn sich die Situation durch das Vorhaben grundlegend verschlechtere. Sofern hier eine verkehrliche Verbesserung gewünscht werde, dann sei dafür die Stadt und nicht der Investor zuständig. Dies sei dann unabhängig vom Bebauungsplan.

Herr Homann weist darauf hin, dass ein möglicher Um- oder Ausbau des Knotenpunktes bei einer kreisstraßenfreien Strecke, wie hier, z.B. als einseitiger Beidrichtungs-Geh- und Radweg mit einem Trennstreifen erfolgen könne, dies jedoch mit einem entsprechenden Flächenmehrbedarf einhergehe.

Frau Klemme-Linnenbrügger bekräftigt noch einmal den Antrag ihrer Fraktion und erklärt, der Knotenpunkt müsse gefahrlos zu befahren und zu begehen sein.

Frau Kreye erklärt, aus ihrer Sicht sollte keine Baugenehmigung erteilt werden, wenn die Straße für den Mehrverkehr nicht ausreiche. Ihr sei an einer Lösung gelegen, unabhängig davon, ob der Investor oder die Stadt für die Ertüchtigung zuständig sei.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünwald äußert, wenn das Bauamt eine Baugenehmigung für das Blackenfeld erteile und die verkehrliche Mehrbelastung nicht zu einer Anpassung der Verkehrsplanung führe, sei das nicht akzeptabel. Es müsse ein ordentlicher Ausbau des Knotenpunktes erfolgen.

Herr Dr. Elsner gibt zu bedenken, dass der Investor durch sein Bauvorhaben durchaus den Knotenpunkt beeinflusse. Insofern entstünde durch das Baugebiet eine Mehrbelastung. Er stimme Frau Kreye zu, dass es unerheblich sei, ob die Kosten für die Ertüchtigung durch den Investor oder die Stadt zu tragen seien. Ohne die geforderte Ertüchtigung sollte der Bebauungsplan Blackenfeld durch die zuständigen Gremien nicht beschlossen werden. Die Ausweisung neuer Baugebiete in den Außenbezirken dürfe nicht erfolgen, wenn nicht auch die Infrastruktur entsprechend angepasst werde. Auch der Verweis auf eine bereits vorhandene

schlechte Infrastruktur könne kein Grund sein, nicht an einem Ausbau zu arbeiten.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt abschließend, dass sich der Apell der Bezirksvertretung auch an den Stadtentwicklungsausschuss richte. Richtig sei, dass der Knotenpunkt jetzt schon ungenügend sei und sich die Situation durch das Baugebiet weiter verschlechtere. Dieser Situation müsse man Rechnung tragen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich bei Herrn Homann und Herrn John für die Erläuterungen und erklärt, der Beschluss stelle keine Kritik am Amt für Verkehr dar, die Forderung nach einer Ertüchtigung in dem Bereich werde jedoch seitens der Bezirksvertretung aufrechterhalten.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Angesichts der laut Gutachten prognostizierten Zunahme des Verkehrs, wird die Verwaltung beauftragt, die Einmündung Blackenfeld / Engersche Straße so aus- und umzubauen, dass ein reibungs- und gefahrloser Verkehr möglich ist. Gleichzeitig sind die Rad- und Fußwegeverbindungen in Richtung Brake zu ertüchtigen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 6*

-.-.-

Zu Punkt 7

Entwurf "Dritter Lärmaktionsplan"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2986/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und begrüßt Frau Maaß vom Umweltamt zur Berichterstattung, die der Sitzung per Zoom zugeschaltet ist.

Frau Maaß stellt den Entwurf des „Dritten Lärmaktionsplanes“ anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Sie geht dabei insbesondere auf die rechtlichen Grundlagen sowie die Ziele und Arbeitsschritte der Lärmaktionsplanung ein. Es sei vorgesehen, den Lärmaktionsplan (LAP) nach der Beratung in den Bezirksvertretungen noch einmal in den AfuK sowie nachfolgend in den Rat einzubringen.

Frau Maaß stellt im Folgenden die Lärmkartierung vor, die die Grundlage des Planes bilde. Hinsichtlich der konzeptionellen Schwerpunkte des 3. Lärmaktionsplanes führt sie aus, dass die Verwaltung ein Handlungsprogramm „Lärmmindernde Fahrbahnsanierung“ unter Berücksichtigung der Lärmschwerpunkte und des Straßenzustandes entwickelt habe. Daraus sei eine Priorisierung der Maßnahmen zur Fahrbahnsanierung hervorge-

gangen. Darüber hinaus sei das Lärmsanierungsprogramm der Bundes-schiene- wege aktualisiert worden. Zudem gebe es Prüf- und Durchfüh- rungsempfehlungen für lärm-mindernde Geschwindigkeitsbegrenzungen (Tempo 30) sowie Lärm-minderungskonzepte mit Durchfüh-rungsempfehlungen für die zeitlich gestaffelte Realisierung von Maßnahmenbündeln in mehrfach belasteten Handlungsräumen. Des Weiteren sei die Auswei-sung von „ruhigen Gebieten“ neu gefasst worden. Das kommunale Lärm-schutzfensterprogramm sei im Lärmaktionsplan ebenso enthalten wie die Zusammenführung der Maßnahmenplanungen in einer integrierten Ge-samtmaßnahmenkarte für das Stadtgebiet.

Frau Maaß führt aus, dass im Entwurf des LAP insgesamt 25 Handlungs-räume gebildet worden seien, für die längerfristig Lärm-minderungskon-zepte entwickelt werden sollen. Eine abschließende Bearbeitung aller Handlungsräume im 3. LAP sei nicht leistbar. Deshalb erfolge eine Gewichtung nach dem Handlungsbedarf. In diesem LAP habe man zwei mehrfachbelastete innerstädtische Handlungsräume mit hohem oder sehr hohem Handlungsbedarf für die weitere Bearbeitung ausgewählt (Stadt-bezirke Mitte und Schildesche). Im Stadtbezirk Heepen sei ebenfalls ein Handlungsraum (HR-A) mit hohem Handlungsbedarf identifiziert worden, der zwar in diesem LAP noch nicht ausgearbeitet worden sei, jedoch zur Bearbeitung in einer der nächsten Fassungen anstehe. Die Zusammen-stellung der Maßnahmen in den Handlungsräumen sei eine wertvolle Grundlage für straßenverkehrsrechtliche Prüfungen durch das Amt für Verkehr.

Sie führt des Weiteren aus, dass die Ausweisung der ruhigen Gebiete im Entwurf des LAP neu gefasst wurde. Ziel sei es, dass jeder Einwohner in der Nähe seiner Wohnung, d.h. in einem Radius von 350 m, ein ruhiges Gebiet aufsuchen könne. Auch im Stadtbezirk Heepen gebe es einige Wohnbereiche, bei denen dieses Ziel noch nicht erreicht sei. Die Kartie-rung der ruhigen Gebiete werde, z.B. bei der Erarbeitung von Freiraum-entwicklungskonzepten, herangezogen.

Abschließend erläutert Frau Maaß, dass die Lärmaktionsplanung wichtige Beiträge z.B. für die Verkehrs- und Stadtentwicklungsplanung, die Luft-reinhalteplanung, die Straßenbau- und Instandsetzungsplanung sowie die Grünordnungs- und Landschaftsplanung liefere. Weitere Informationen zur Lärmkartierung oder der Onlinebeteiligung könnten unter folgendem Link eingesehen werden: <https://www.bielefeld-wird-leiser.de/>

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) bemängelt, dass in dem bisherigen Prozess zum LAP neben dem AfuK nicht auch die Bezirksver-tretungen eingebunden worden seien. Zudem werde hier eine sehr um-fangreiche Planung vorgelegt. Deshalb beantrage er, die Vorlage heute in einer 1. Lesung zu beraten, um sich intensiver mit dem Entwurf beschäf-tigen zu können.

Des Weiteren erklärt er, er habe in der Berichterstattung den Bezug zu den Belangen des Stadtbezirkes vermisst. Zudem habe er den Eindruck gewonnen, dass die Heeper Gesichtspunkte in diesem Plan keine Rolle spielten oder zeitlich nach hinten geschoben würden.

Herr Dr. Elsner fragt nach, ob es zutreffend sei, dass Gebiete, die kon-stant von Stadtbahn- oder Gewerbelärm betroffen seien, z.B. Gebieten entlang der A 2, keinen Handlungsbedarf im LAP auslösen würden. Er verweist dazu auf die Aussage in Ziffer 3 der als Anlage zur Beschluss-vorlage beigefügten Zusammenfassung („Für den Stadtbahnlärm und den

Gewerbe-/Industrielärm besteht im dritten LAP aufgrund konstanter Betroffenheitssituation kein Handlungsbedarf“). Des Weiteren bittet er um Mitteilung, wann der ausgewiesene Handlungsraum im Stadtbezirk Heepen bearbeitet werde und wie die Verwaltung die Defizite hinsichtlich der ruhigen Gebiete im Stadtbezirk verbessern wolle. Er bittet um Erläuterung, wie diese Gebiete ermittelt worden seien, d.h. welche Zielgruppe im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung angesprochen wurde, wie hoch die Teilnehmerquote gewesen sei und wie die Verwaltung sichergestellt habe, dass auch diejenigen mitwirken konnten, denen eine internetgestützte Beteiligung nicht möglich sei.

Abschließend nimmt Herr Dr. Elsner Bezug auf Ziff. 3 des Beschlussvorschlages: *„Die politischen Gremien nehmen zur Kenntnis, dass die Eingaben aus der Öffentlichkeitsbeteiligung von der Verwaltung geprüft und die Ergebnisse in die Handlungsprogramme sowie Lärminderungskonzepte der Handlungsräume eingearbeitet wurden.“* Dies könne seiner Auffassung nach durch die politischen Gremien nicht bestätigt werden, wenn nicht dokumentiert sei, wie die Verwaltung die Eingaben aus der Öffentlichkeitsbeteiligung eingearbeitet habe.

Deshalb bitte seine Fraktion bis zur nächsten Sitzung um eine Aufstellung über die im LAP vorgesehenen Maßnahmen im Stadtbezirk Heepen inkl. einer Zeitplanung für die Umsetzung der Maßnahmen, einer Auflistung der ruhigen Gebiete sowie einer Übersicht der Eingaben aus der Öffentlichkeitsbeteiligung, die den Stadtbezirk Heepen betreffen und einer Darstellung, wie diese in den weiteren Prozess eingeflossen seien.

Herr Dr. Elsner verdeutlicht noch einmal, dass der Stadtbezirk Heepen mit seinen Gewerbegebieten bereits stark belastet sei und für die Gesamtstadt einen großen Beitrag in diesem Bereich leiste. Die Aussagen im LAP, dass z.B. für Gewerbelärm aufgrund konstanter Betroffenheit kein Handlungsbedarf bestehe und dass es im Stadtbezirk Heepen zu wenig Ruhezeiten gebe, seien kaum noch zu vertreten.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Elsner an. Auch aus ihrer Sicht sei der Stadtbezirk Heepen im LAP benachteiligt worden. Ergänzend erklärt sie, dass sie auf den Kartierungen nicht erkennen könne, welche Straßen bzw. Bereiche jeweils betroffen seien und bittet um Nachbesserung.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Elsner ebenfalls zu. Sie bittet um weitergehende Informationen, wann die Bezirksvertretung über die Verhältnisse in und die Pläne für Heepen informiert werde, insbesondere über die ruhigen Gebiete, die in Heepen nicht ausreichend vorhanden seien. Es entstehe der Eindruck, dass der LAP am Stadtbezirk Heepen vorbeigeplant worden sei.

Auch Herr Vriesen (AfD) schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Elsner an.

Frau Maaß erläutert, dass Heepen bei diesem LAP nicht der Handlungsschwerpunkt sei. Der Handlungsraum HR-A, der im Stadtbezirk Heepen identifiziert worden sei, stelle einen Handlungsraum mit hohem Handlungsbedarf dar, der dann als nächstes zu bearbeiten sei. Sie gibt zu bedenken, dass der LAP ein zusammenfassendes Planwerk sei und die

vorhandenen Erkenntnisse widerspiegeln, aber die jeweiligen Akteure letztendlich darüber entscheiden, welche Maßnahmen in welcher Reihenfolge umgesetzt würden.

Die Maßnahmen „A 2 - Fahrbahnsanierung“ sowie „Oldentruper Str.“ (2023/2024) seien im 3. LAP enthalten. Zudem seien auch einige Straßen aus dem Stadtbezirk zur Förderung nach dem Lärmschutzfensterprogramm vorgesehen.

Frau Maaß weist darauf hin, dass das Umweltamt eine Aufbereitung der Aussagen zum LAP je Stadtbezirk vorgesehen hatte, aber aufgrund eines unerwarteten Personalausfalls leider nicht umsetzen konnte. Soweit es möglich sei, werde dies nachgeholt.

Herr Dr. Elsner nimmt Bezug auf die Anlage 3 der Vorlage und erklärt, in der Liste „Fahrbahnsanierung mit lärmindernden Fahrbahnoberflächen“ sei keine Maßnahme für den Stadtbezirk Heepen aufgelistet.

Er teile nicht die Ansicht, dass die Anmerkungen der Bezirksvertretung an die jeweiligen Akteure zu adressieren seien und nicht an diejenigen, die die Informationen zusammenstellten. Auf die Rückmeldung von Frau Maaß, dass das Umweltamt mit den einzelnen Akteuren und Dienststellen Hand in Hand arbeite, erklärt Herr Dr. Elsner, dass er erwarte, dass das Umweltamt diesen dann zurückmelde, die Belange der Außenbezirke in diesem Kontext zu berücksichtigen. Deshalb werde die Bezirksvertretung in der nächsten Sitzung vertieft in die Details des LAP einsteigen und entsprechende Forderungen formulieren. Er bittet um Mitteilung, an welcher Stelle die beiden o.g. Maßnahmen in der Vorlage benannt seien.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, der Bezirksvertretung sei die Bedeutung des LAP bewusst und deshalb werde dieser auch detailliert beraten. Daher sei es folgerichtig, die Erörterung der Vorlage heute in 1. Lesung vorzunehmen. Sollten sich zwischenzeitlich noch weitere Nachfragen ergeben, würden diese über das Bezirksamt an die Verwaltung weitergeleitet.

Frau Maaß weist darauf hin, dass die Konzentration auf die zuvor benannten Handlungsräume im AfuK vorgestellt und dort beschlossen worden sei. Grund für diese Vorgehensweise sei, Ressourcen für einzelne Gebiete gebündelt einzusetzen.

Hinsichtlich des angesprochenen Defizites ruhiger Gebiete im Stadtbezirk erklärt sie, dass das Umweltamt für den Bereich Baumheide ein Freiraumentwicklungskonzept vorgestellt haben, u.a. mit dem Ziel, die Erholungsmöglichkeiten dort zu verbessern.

- 1. Lesung –

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich – TOP 7*

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht zur Beratung der Unfallkommission UK 2021-IV

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3022/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Informationsvor-

lage des Amtes für Verkehr.

Herr Skarabis führt aus, dass in der Vorlage für den Stadtbezirk Heepen insgesamt drei Unfallhäufungsstellen benannt worden seien. Der Bereich „Potsdamer Str./Alter Postweg/Theodor-Heuss-Straße“ sei als Unfallhäufungsstelle neu hinzugekommen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass die Situation im Bereich des Kreisverkehrs Potsdamer Straße/Alter Postweg auch ein Anliegen von Schüler*innen des Gymnasiums Heepen sei. Problematisch sei insbesondere die Situation der Radfahrer*innen im Kreisverkehr, dies vorwiegend vor Schulbeginn und nach Schulschluss. Hier werde die Verwaltung gebeten, nach einer Lösung zu suchen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) führt Herr Skarabis zur Unfallhäufungsstelle „Friedrich-Hagemann-Straße – Striegauer Straße“ folgendes aus:

Das Amt für Verkehr habe dazu mitgeteilt, dass sich in dem Betrachtungszeitraum 01.01.2019 bis 31.07.2021 dort insgesamt 4 Unfälle ereignet hätten, die zur Aufnahme als Unfallhäufungsstelle geführt hätten. Das Unfallbild zeige 4 Unfälle mit Einbiegen und Ausfahren aus der Striegauer Straße in die Friedrich-Hagemann-Straße. Bei 3 Unfällen seien ausschließlich PKW beteiligt gewesen, bei dem vierten Unfallgeschehen sei eine Radfahlerin auf der Friedrich-Hagemann-Straße von einem aus der Striegauer Str. kommenden PKW übersehen worden.

Die dritte Unfallhäufungsstelle „Ostring – Bechterdisser Str.“, so erklärt Herr Skarabis auf Nachfrage von Herrn Dr. Elsner, befinde sich nicht im Stadtbezirk Stieghorst, wie in der Vorlage benannt, sondern im Stadtbezirk Heepen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich – TOP 8*

-.-.-

Zu Punkt 9

Schüleranmeldeverfahren an den Grundschulen zum Schuljahr 2022/23, hier: Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3064/2020-2025

Drucksachennummer: 3064/2020-2025/1

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage des Amtes für Schule in der Fassung der Nachtragsvorlage.

Frau Lammel (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf die in der Anlage 1 aufgeführten Anmeldedaten für das Schuljahr 2022/2023 und erklärt, sie erachte die Anmeldesituation an der Wellbachschule für problematisch. Dort müssten 5 Kinder aus dem Einzugsbereich der Grundschule abgelehnt werden, weil nicht genügend Plätze vorhanden seien. Dies sei nicht hinzunehmen, da jedes Kind wohnortnah beschult werden sollte. Zudem

seien aus dem Einzugsbereich 10 Kinder noch nicht an einer Grundschule angemeldet. Ggf. würde die Zahl der Ablehnungen auf 15 Kinder steigen. Hier liege nahe, eine weitere Klasse zu bilden. Frau Lammel weist darauf hin, dass Eingangsklassen zunächst mit 25 Kindern starten, sich jedoch ggf. im 2. Jahr die Zahl der SuS auf bis zu 30 erhöhen könnte, wenn Kinder die Schuleingangsphase in 3 Jahren durchliefen. Zudem hätten viele Eltern aus dem Einzugsbereich ihre Kinder bereits direkt an einer anderen Grundschule angemeldet.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, seine Fraktion habe diesen Anmeldeüberhang ebenfalls erkannt. Er gibt jedoch zu bedenken, dass eine Mehrklassenbildung ggf. auch andere Probleme, über den reinen Raumbedarf hinaus, mit sich bringen könne. Es könne eine Art Sogwirkung entstehen. In jedem Fall sei die Situation kritisch zu beobachten und es werde - wie bereits schon mehrfach von der Bezirksvertretung gefordert - langfristig eine Lösung für die GS Milse und die Wellbachschule benötigt. Diese Forderung möchte er hier noch einmal bekräftigen. Derzeit sei der Bereich an der Belastungsgrenze. Es gelänge einigermaßen, die SuS ortsnah zu versorgen. Die Planungen lt. Schulentwicklungsplanung müssten schnellstmöglich vorangetrieben werden, um eine Lösung für die Wellbachschule / GS Milse zu erhalten.

Herr Vriesen (AfD) schlägt vor, dass sich die Bezirksvertretung für die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze ausspreche und fordere, dass ausreisepflichtige Ausländer abgeschoben werden, denn dadurch würde sich die Klassengröße verkleinern.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, ihm sei wichtig, dass alle im Einzugsbereich wohnenden Kinder auch die dortige Schule besuchen könnten.

Herr Skarabis weist darauf hin, dass die Nachtragsvorlage, die zu Beginn der Sitzung den Mitgliedern vorgelegt wurde, die Ursprungsvorlage ersetze, jedoch für den Stadtbezirk Heepen keine Änderungen enthalte. Zudem berichtet er über die Beschlussfassung im Schul- und Sportausschuss am 18.01.2022. Dort sei ein Änderungsantrag eingebracht und beschlossen worden, in dem die Verwaltung gebeten werde zu prüfen, wie sich die aktuellen Anmeldezahlen auf die Bereitstellung von OGS-Plätzen auswirke. Dies betreffe zum einen die voraussichtliche Entwicklung der Wartelisten, zum anderen die OGS-Quote an den einzelnen Schulen. Dies habe ggf. Auswirkungen auf die Prioritätenliste. Das Ergebnis solle dem Schul- und Sportausschuss zu gegebener Zeit vorgelegt werden.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

- 1. Die Aufnahmekapazitäten der städtischen Grundschulen werden für das Schuljahr 2022/23 basierend auf den Ergebnissen des Anmeldeverfahrens entsprechend der Anlage 1 festgelegt.**
- 2. Die Schulkonferenzen der von Zügigkeitsveränderungen betroffenen Schulen sowie die Bezirksvertretungen sind anzuhören.**

3. Die Verwaltung wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl Änderungen der Festlegung in Abstimmung mit der Schulaufsicht vorzunehmen, wenn die Anmelde- oder Schulsituation dies noch erfordert.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 9*

-.-.-

Zu Punkt 10 Aufstellung von Spielgeräten an der Grundschule Brake

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3055/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage des Amtes für Schule.

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird beauftragt, an der Grundschule Brake zwei Schaukeln und eine Slackline an den in dieser Beschlussvorlage gekennzeichneten Orten aufzustellen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 10*

-.-.-

Zu Punkt 11 Errichtung von zusätzlichen Parkbänken in den Stadtteilen Hillegossen, Ubbedissen und Oldentrup (Beschluss des Seniorenrates vom 24.11.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2816/2020-2025/1

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage des Amtes für Soziale Leistungen.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) regt an, den Standortvorschlag aus dem Seniorenrat für die Aufstellung einer Parkbank im Bereich Potsdamer Str./Ecke Teltower Straße entgegenzunehmen und über weitere Bedarfe an Parkbänken im Stadtbezirk im anlassbezogenen Arbeitskreis „Grün“ zu beraten.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) erklärt, ihre Fraktion schließe sich dem Vorschlag an.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald weist darauf hin, dass die Frage, wer die Kosten für die Aufstellung möglicher weiterer Parkbänke trage, mit zu bedenken sei.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Beschlussvorlage wird zur weiteren Beratung an den anlassbezogenen Arbeitskreis „Grün“ verwiesen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich - TOP 11*

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zur Sitzung liegen keine entsprechenden Punkte vor.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 20.01.2022 - öffentlich – TOP 12*

-.-.-

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Kerstin Nebel
Schriftführerin